

DIE BEDEUTUNG DER DIREKTWAHL
ZUM
EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Hans August Lücker, MdB
Vizepräsident des
Europäischen Parlaments

Wird die Direktwahl zum Europäischen Parlament (EP) den strategischen Durchbruch bringen für den wirklich politischen Aufbau Europas - oder wird sie nur ein Alibi oder Feigenblatt sein für die Stagnation oder gar für einen Verfallsprozess der Europäischen Gemeinschaft (EG)? In der Antwort, die die zukünftige Entwicklung auf diese Frage geben wird, liegt die entscheidende Bedeutung der Direktwahl. Sie wird darüber hinaus dramatisch verstärkt, weil mit der Direktwahl erstmals der transnationale demokratische Kampf um die politische Macht und Führung im Europa von Morgen und damit um seine gesellschaftliche, wirtschaftlich-soziale und staatliche Gestaltung sowie seine Sicherheit im Innern und nach aussen ausgetragen wird. Die politische Dramaturgie macht hochgespannt: Gibt es eine konstruktive Auflösung der Probleme oder wird das Europa unserer Vorstellung in einer destruktiven Dekadenz sich als gestaltende Kraft aus der Geschichte abmelden?

Der historische Hintergrund

Der europäische Rat der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der EG hat am 5. und 6. Dezember 1977 in Brüssel keine befriedigende Antwort auf die wichtigen Fragen gefunden, die auf seiner Tagesordnung standen; ebenso wichtige oder gar noch wichtigere Fragen hatte er schon gar nicht auf seine Tagesordnung gesetzt: z.B. die Verstärkung der Kompetenzen und der Befugnisse der Institutionen der Gemeinschaft sowie die dringende Verbesserung ihrer Entscheidungsmechanismen und -verfahren, insbesondere die Rückkehr des Ministerrats zur Mehrheitsabstimmung, wie sie im Vertrag von Rom festgelegt ist, und die durch die bevorstehende Erweiterung der Gemeinschaft unverzichtbar wird. Aber selbst in den wichtigen Fragen seiner Tagesordnung blieb er bestenfalls auf Warteposition: wie z.B. verstärkte Kompetenzen und Instrumente zur Durchführung einer notwendigen europäischen Struktur- und Regionalpolitik, oder

./.

gar die beherzte Inangriffnahme einer Wirtschafts- und Währungsunion, ohne die es keine (politische) Europäische Union geben kann. Geht also nichts wirklich Entscheidendes mehr in Europa? Ist Europa im Streit zwischen gemeinschaftlicher Politik im Sinne einer vorwärtsschreitenden Schicksalsgemeinschaft und der Umkehr zu nationalstaatlicher Politik zum Stillstand verurteilt? Stagnation bedeutet Rückschritt. Rückschritt wohin? Zum System europäischer Nationalstaaten? Wer dies will, hat die geschichtlichen Lehren des ersten und zweiten Weltkrieges nicht begriffen. Mit dem Auftreten der USA auf europäischem Boden im ersten Weltkrieg 1917 und mit der erfolgreichen Revolution Lenins in Russland im gleichen Jahr 1917 sind die entscheidenden Daten gesetzt, dass die Epoche zu Ende ging, in der das System der europäischen Nationalstaaten sein eigenes Schicksal bestimmen konnte und gleichzeitig die entscheidende Kraft in der machtpolitischen Balance der Welt war. Das Ergebnis des zweiten Weltkrieges besiegelte endgültig diesen geschichtlichen Vorgang: Die USA und die Sowjetunion wurden die beherrschenden Mächte in der Welt und auch in Europa. Seine Selbstbestimmung in eigener Verantwortung und Freiheit schien verloren. Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer, drei grosse Staatsmänner im Geiste der christlichen Humanitas hatten die europäische Apokalypse überlebt und schufen das Fundament einer kulturellen und geistig-politischen Renaissance Europas, die mit Hilfe des Marshall-Plans der USA über alle Erwartungen hinaus gelang - ja auch heute noch fast wie ein Wunder anmutet. Sie hatten, um mit Bismarck zu sprechen, den Zipfel des Mantels erwischt, als der Herrgott durch die Geschichte ging. Die europäischen Völker folgten ihnen in ihrer Einsatzbereitschaft und in ihrer Hoffnung, aus den Trümmern der Vergangenheit ein neues geeintes Europa zu bauen, würdig seinem grossen christlichen Erbe, fähig, seine Selbstbestimmung in Verantwortung und Freiheit wiederzugewinnen, bereit, seinen unverzichtbaren Beitrag für den Aufbau einer besseren und gerechteren Welt in Freiheit und Frieden zu leisten. Jedermann weiss, dass nur ein geeintes Europa, das nach den leidvollen Erfahrungen seiner nationalstaatlichen Epoche seine Seele und seine Berufung wiederfindet, auch die Kraft haben wird, der geistesgeschichtlichen Heraus-

forderung unserer Tage und seiner vielfältigen Bedrohung von aussen gewachsen zu sein. Hier ist insbesondere vor allem die Gefahr gemeint, die uns aus der Verbindung der menschen- und gesellschaftsfeindlichen Ideologie des Marxismus-Kommunismus-Leninismus mit dem imperialen Machtstreben der Sowjetunion bedroht; das quantitativ und qualitativ wachsende Militärpotential jenseits unserer Grenzen im Osten sowie das Vordringen linksradikaler Ideologien und politischen Terrors auch in unseren Ländern - häufig von Moskau gefördert - erhöht unsere Sorgen. Erhöhen sie aber auch unsere Wachsamkeit und offensive Abwehrbereitschaft?

Hinzu kommt, dass kein europäischer Staat für sich allein mehr mit den Wirtschafts-, Finanz- und Sozialproblemen fertig werden kann, mit denen wir alle mehr oder weniger heftig konfrontiert sind. Auch in dieser Hinsicht sind wir Europäer abhängiger und auch verwundbarer geworden. Spätestens seit der Öl- und Rohstoffkrise 1973/74 spürt oder weiss das jeder, der sich auch nur entfernt für diese Fragen interessiert.

Damit im Zusammenhang müssen wir ein besseres Verhältnis im wirtschaftlichen und sozialen Zusammenleben mit den Völkern der Dritten Welt finden - und sei es nur deswegen, weil unsere hochentwickelten Volkswirtschaften auf sie als Rohstofflieferanten angewiesen sind. Es wäre jedoch kein gutes Zeugnis für uns, wenn diese Überlegung allein unser Wollen und unsere politische Aktion bestimmen würde; es wäre in der Tat zu wenig. Unsere unruhige und unbefriedete Welt hat nach den umwälzenden Ereignissen der letzten Jahrzehnte immer noch nicht zu einem neuen Gleichgewicht als Voraussetzung zu einem wirklichen Frieden gefunden. Die gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen reichen hierfür sicherlich nicht aus; sie müssen fortentwickelt werden, wenn wir eine Völkergemeinschaft der Partnerschaft und Solidarität aufbauen wollen, die stark genug ist, allen totalitären Despotien gewachsen zu sein, um in Freiheit und Frieden und in grösserer Gerechtigkeit ihr Zusammenleben organisieren zu können.

./.

Die Quellen der Schwierigkeiten

Wenn es also auf diesem historischen Hintergrund und in dieser Zukunftsperspektive keine bessere und annehmbare Alternative zu einem politisch und wirtschaftlich geeinten Europa gibt, stellt sich die Frage nach den Ursachen für die Verzögerungen im Aufbau Europas. Das europäische Einigungswerk muss ganz sicherlich mit historischen Maßstäben gemessen werden und erfordert schon deswegen eine Politik des langen Atems, grosser Geduld und zäher Standfestigkeit bei klaren Zielen; zumal es nicht militärischen Aktionen, verbunden mit politischer Vormachtstellung des einen oder des anderen, entspringt, sondern fest gegründet ist auf der freiheitlichen Entscheidung der europäischen Völker, auf dem Boden des Rechts freigeschlossener Verträge und in seinen demokratischen Strukturen, die den politischen Gestaltungswillen seiner Völker widerspiegelt. Gewiss, die Beweggründe der einzelnen Völker mögen verschieden gewesen sein; für die einen nach einer totalen militärischen Niederlage und im Zusammenbruch ihrer nationalen Existenz, für die anderen, die sich als Sieger in diesem Waffengang fühlen und deren nationale Existenz ungebrochen war. In der Einschätzung ihrer Zukunft in Europa zwischen Ost und West und im heraufziehenden Konflikt zwischen Nord und Süd waren und sind sich die Völker und ihre verantwortlichen Führer sehr nahe. Was jedoch die einen möglichst schnell erreichen wollen, weil sie ihre Vergangenheit hinter sich gelassen haben, können die anderen nicht so schnell nachvollziehen, weil es ihnen schwerfällt, sich von ihrer Vergangenheit zu trennen. Das erklärt im tiefsten wohl die Schwierigkeiten, Rückschläge und auch Krisen der europäischen Politik, die ja die Psychologie der Völker und ihrer politischen Akteure widerspiegelt. Die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung im August 1954 - die Politik des "leeren Stuhles" 1964/66 der französischen Regierung unter General De Gaulle mit seiner Wiederbetonung des Nationalstaates und eines Europas als "Vaterland der Vaterländer" - die politische Haltung Grossbritanniens unter seiner jetzigen Regierung der vollen Wahrung der britischen Souveränität. Sie markieren nicht nur wichtige krisenhafte Stationen auf dem bisherigen Weg Europas, sondern machen auch deutlich, welche psycholo-

./.

gischen Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Das Festhalten an der vertragswidrigen Einstimmigkeitsregel des Luxemburger "Desaccord" aus dem Jahre 1966 bei den Entscheidungen im Ministerrat, die praktisch jeder Regierung ein Vetorecht sichert, ist das sichtbarste und folgenschwerste politische Instrument, das den zügig-schrittweisen Aufbau Europas behindert, den der Vertrag von Rom will.

Der politische Auftrag für das direkt gewählte Europäische Parlament

Kann die Direktwahl des Europäischen Parlaments diese Situation des Stillstands in den entscheidenden politischen Feldern des europäischen Aufbaus ändern und in eine operative Vorwärtsbewegung verwandeln? Wird sie der berühmte archimedische Punkt für die zukünftige europäische Politik sein? Ich hoffe: Ja. Warum? Es gibt auch hierfür trotz aller Schwierigkeiten gute Gründe. Da ist zunächst einmal auf den sogenannten Besitzstand der Gemeinschaft hinzuweisen, d.h. auf das, was sie bisher schon erreicht hat. Und auch das ist nicht wenig. Die Zeit der europäischen Bruderkriege ist wohl endgültig vorbei; wer könnte sich noch einen deutsch-französischen Krieg vorstellen? Die wirtschaftliche Verschmelzung hat trotz aller Probleme im einzelnen einen früher für unmöglich gehaltenen hohen Stand erreicht, begünstigt auch durch die moderne Technologie, die hohe Rationalität und Produktivität unserer Volkswirtschaften, eine Frucht der Gesetzmässigkeit der industriellen Produktion in Verbindung mit dem freiheitlichen System unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik; ihm verdanken die Völker Europas trotz der Trümmer des letzten Krieges und trotz der Unterschiede von Land zu Land einen nie gekannten und erhofften Wohlstand. Diesem wirtschaftlichen und sozialen Niveau entspricht das Ausmass unserer verantworteten Freiheit, die gründet auf den unveräusserlichen und unantastbaren Menschenrechten und der Grundfreiheiten, wie sie in der europäischen Menschenrechtskonvention einklagbar für jedermann als positives Recht festgelegt sind. Das alles hat in den europäischen Völkern eine Grundströmung und -haltung begünstigt, die eine geschichtlich wirksame Kraft spüren lässt, die auf die Einheit Europas als logische Folge aus der Welt von gestern und heute für die Welt von morgen hinwirkt. Sie

findet ihren sichtbaren Ausdruck, dass sich trotz mancher Enttäuschungen in der Vergangenheit immer wieder bis auf den heutigen Tag mehr als zwei Drittel aller einzelnen Völker der Gemeinschaft nicht nur für die politische Einigung Europas fordernd aussprechen, sondern auch für die Direktwahl des EP, an der sie sich aktiv beteiligen wollen; wahrhaft, eine überzeugende Demonstration, die in einem gewissen Widerspruch zu dem zögernden Handeln unserer verantwortlichen Staatsmänner in der Nachfolgeperiode eines Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide De Gasperi steht. Jedoch auch ihnen kann man objektiv bescheinigen, dass sie seit der Öl- und Rohstoffkrise 1973/74 ihre Einsicht und ihren politischen Willen - wenn auch in einem zu langsamen Prozess gemessen an der Dringlichkeit fortschreitender Entscheidungen - verstärkt haben, die Europäische Union vorwärtszubringen; in diesem Sinne kann man auch das Ergebnis des Europäischen Rats vom 5. und 6. Dezember 1977 in Brüssel bewerten.

Das alles stärkt unsere Hoffnung und fordert unseren unbeugsamen Willen heraus: Europa zu einen. Wir fühlen uns dabei auch getragen und gedrängt von den organisierten gesellschaftlichen Kräften der europäischen Völker und nicht zuletzt durch die Ermutigung der christlichen Kirchen in Europa, wie wir das unmittelbar bei den feierlichen Europatagen am 16./17. September 1977 in Ottobeuren erleben durften, zu der S.E. Bischof Josef Stimpfle von Augsburg die führenden Vertreter aller christlichen Kirchen Europas, führende Staatsmänner und Politiker sowie Repräsentanten des gesellschaftlichen Lebens eingeladen hatte.

Können die 410 direkt gewählten Abgeordneten des zukünftigen Europäischen Parlaments diese Hoffnungen in politische Aktion umsetzen? Wenn es "Kerle" sind, die wissen, was sie wollen und das Können mitbringen, das hierfür Voraussetzung ist, dann muss es gelingen. Dieses Parlament als Vollstrecker des Willens seines Souveräns - der europäischen Völker - muss sich die Rechte zu

./.

nehmen verstehen, die dem hohen Auftrag seines Mandats entsprechen. Es muss der Motor der weiteren Entwicklung sein und das politische Kraftzentrum, das seinen Auftrag in praktische Politik überträgt. So wird es auch von allen Kennern und Akteuren der politischen Szenerie auf der europäischen Bühne gesehen: für die meisten eine grosse Hoffnung, für manche aber auch noch ein Schrecken. Das macht den Hintergrund aus für das Ringen im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft und auch im Rat der Staats- und Regierungschefs bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Direktwahl, das das Europäische Parlament ausgearbeitet hatte. Vordergründig stritt man um die Zahl der Abgeordneten aus den einzelnen Mitgliedsländern, wobei sicherlich eine Rolle gespielt haben mag, dass Deutschland nicht mehr Abgeordnete entsenden sollte als Grossbritannien oder Frankreich; Gott sei Dank war das kein Anlass zum Scheitern. Die Wirklichkeit dieses langwierigen Hin und Her macht jedoch die Erkenntnis aus, dass mit diesem Schritt der Rubikon zu einem wirklich politischen Europa überschritten wird:

- mit einem Parlament als dem letzten Endes in einer Demokratie entscheidenden politischen Sachwalter und Vollstrecker des politischen Willens der Völker;
- mit einer europäischen Regierung als Initiativ- und Exekutivorgan, die dem Parlament gegenüber verantwortlich ist;
- mit einer Kammer der Staaten, in der die Mitgliedstaaten über ihre Regierungen ihre legitimen Rechte und Interessen vertreten und am politischen Entscheidungsprozess mitwirken; sie wird sich mit dem Parlament in die Legislativ- und Kontrollbefugnisse teilen;
- mit einem Europäischen Gerichtshof als Hüter und Wahrer der europäischen Verfassung und Gesetze;
- mit einem Europäischen Rechnungshof mit dem Recht der Kontrolle über die rechtmässige Verwendung der öffentlichen Finanzmittel.

./.

Gewiss, dieser politische Aufbau Europas mit der demokratischen Gewaltenteilung seiner Organe kann nicht mit einem Akt bewältigt werden, denn auch er verlangt ein schrittweises Vorgehen. Entscheidend ist, dass diese Entwicklung beherzt und kraftvoll aufgenommen wird, zügig und zielbewusst, und dass der Rhythmus des Vorgehens angepasst wird den Erfordernissen der Handlungsfähigkeit Europas nach Innen und nach Aussen. Und das bedeutet, keine weitere Zeit unnütz zu verlieren. Und wie das bewerkstelligen? Meine Antwort: Einmal wird das direkt gewählte Parlament die notwendigen Entscheidungen treffen müssen, um die politische Wirksamkeit seiner Arbeit und Beschlüsse zu gewährleisten. Was seine diesbezüglichen Methoden und Verfahren angeht, hat schon das jetzige Parlament gute Vorarbeit geleistet. In den zurückliegenden 25 Jahren eines transnationalen Parlaments in der Montanunion und anschliessend in der EG wurde - wie bekannte internationale Zeitgeschichtler feststellen - ein gutes Fundament hierfür geschaffen, auf dem das direkt gewählte Parlament weiterbauen kann, um die ganze Fülle seiner neuen hohen Verantwortung ausfüllen zu können. Was fehlt, ist der gemeinsame Sitz der drei politischen Organe der Gemeinschaft; und das ist nicht nur ein technisches oder administratives und juristisches Problem, und auch nicht nur ein Problem der besseren Wirksamkeit seiner Arbeitsweise, sondern vor allem ist dies ein politisches Problem für die Ausübung und Wirksamkeit der Befugnisse, die das Parlament heute schon hat und morgen in vermehrter Masse haben wird.

Zum anderen - und das ist noch wichtiger - wird das Parlament ein Grundgesetz für die Europäische Union ausarbeiten müssen als einem Zusammenschluss von Staaten mit pluralistischer demokratischer Verfassung; es muss von den gleichen Wesensmerkmalen und Strukturen ausgehen, die nicht hinter denen der Verfassungswirklichkeit der Mitgliedstaaten zurückbleiben und gleichzeitig jenen neuen Dimensionen gemeinsamer europäischer Politik Rechnung tragen, die der Identität der Europäischen Union entsprechen und in diesem Sinne die Wirksamkeit in der Erfüllung der ihr zukommenden Aufgaben nach Innen und Aussen gewährleisten. Ein solches Grundgesetz könnte zum Beispiel bei der zweiten Wahl zum Europäischen Parlament dem Votum der europäischen Völker unterbreitet werden. In der Ver-

wirklichung dieser politischen Strategie und Konzeption, die von einer grossen Mehrheit des jetzigen Europäischen Parlaments in Übereinstimmung mit den Zielen und Bestimmungen des Vertrags von Rom angenommen wurden, liegt die politische, ja historische Bedeutung der Direktwahl. Die europäische Technokratie in Brüssel, die Diplomatie und intergouvernementale Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedstaaten hat offensichtlich nicht den Schwung und die Kraft, diese nach wie vor gültigen Ziele der europäischen Einigung in noch annehmbaren Zeithorizonten zu bewerkstelligen. Die Mitwirkung und der Elan der europäischen Völker selbst über ihre direkt gewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament und über die politischen Parteien als den politischen Willensträgern der Völker sind notwendig, um ihre Hoffnung auf ein geeintes Europa auch zu verwirklichen.

Der Kampf um die politische Macht im Europa von morgen

Welches Antlitz und welche Seele Europa von morgen haben wird - das wird abhängen von dem Ergebnis einer kämpferischen Auseinandersetzung in zwei Richtungen; sie hat längst begonnen und nimmt noch immer beständig an Umfang und Schärfe zu. Sie sollte uns aufrütteln. Da ist einmal die Auseinandersetzung mit der uns bedrohenden Gefahr aus dem kommunistischen Osten, die nicht nur militärische Wachsamkeit und ausreichende Stärke zur glaubwürdigen Abschreckung von uns fordert. Ebenso notwendig ist eine geistig-ethische Auseinandersetzung, die offensiv von uns geführt werden muss. Die Schalmeyentöne einer sogenannten friedlichen Koexistenzpolitik, wie sie von Moskau mit grossem Aufwand und leider auch erfolgreich propagiert wird, dürfen uns nicht über die wahren Absichten und Ziele der kommunistischen Weltmachtspolitik hinwegtäuschen. Hier stehen sich zwei Welten gegenüber, die sich zwar militärisch und wirtschaftlich in Schach zu halten vermögen, die aber in ihren geistig-humanen und ethischen Grundlagen und Wertvorstellungen unversöhnbar sind.

./.

Als seine eingeschwoenen oder auch missbrauchten Hilfstruppen müssen wir jene Kräfte in den Ländern unserer Gemeinschaft betrachten, die mit ihren radikalen sozialistischen oder kommunistischen Ideologien dem Expansionsdrang der kommunistischen Welt gewollt oder ungewollt in die Hände arbeiten. Das geht bis in die Kreise der entschlossenen oder auch nur schwärmerischen Gesellschaftsveränderer bei uns hinein. Die gesellschaftliche und politische Entwicklung der letzten Jahre in den Ländern der Gemeinschaft und besonders der Terrorismus der jüngsten Zeit bestätigen die Herausforderung, mit der wir uns auch im Innern unserer Länder konfrontiert sehen. Wir sind jedoch nicht auf einem Auge blind und übersehen deswegen auch nicht, dass es in einigen Ländern der Gemeinschaft auf der extrem Rechten des politischen Spektrums radikale Strömungen gibt, die jedoch bis heute weder in ihrem Umfang noch in ihrer politischen Wirksamkeit eine auch nur entfernt vergleichbare Gefahr für unsere Gesellschaft und unsere demokratische Staatsordnung bedeuten.

Wie ist in Europa die politische Landschaft, wie sind die Parteien im politischen Koordinatensystem, wie sind die politischen Stärkeverhältnisse heute und - mit gebotener Vorsicht - für den Tag nach der Direktwahl zum Europäischen Parlament zu beurteilen? In allen Mitgliedsländern der Gemeinschaft funktioniert nach wie vor Gott sei Dank die pluralistische Demokratie. Nach wie vor funktionieren in allen Mitgliedsländern die pluralistischen Gesellschaften. Nach wie vor besteht in allen Mitgliedsländern das Grundsystem einer sozialen Marktwirtschaft, wenn auch mit unterschiedlichen Ausmassen staatlichen Interventionismus von Land zu Land. Das alles gilt auch für die sozialistisch regierten Länder, da in ihnen bis heute noch sozialdemokratische Politik die Führung hat, auch wenn sie in einigen Ländern in zunehmendem Masse von sozialistischen, radikal-sozialistischen oder gar kommunistischen Politiken in Frage gestellt wird oder abgelöst zu werden droht. Diese Entwicklungen sind nicht nur für die Wirtschaftsordnungen eine Gefahr, sie bedrohen noch stärker unsere Gesellschafts- und Staatsordnungen. In diesem Zusammenhang wäre es höchst töricht und gefährlich, im sogenannten

./.

"Euro-Kommunismus" etwas anderes zu sehen als eben Kommunismus; er möchte zwar gerne die aufgeschreckten Bürger Europas glauben machen, er sei bekehrt zur Sozialdemokratie; sie seien gute Demokraten, Verteidiger unserer Gesellschaft und sogar Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft. Aber sie sind bis zur Stunde auch nur den Hauch eines Beweises hierfür schuldig geblieben. Ein alter Kommunist, der mit seinen früheren Auffassungen gebrochen hat und dafür in östlichen Zuchthäusern jahrelang zubringen musste, der vor kurzem aus dem Osten abgeschoben wurde und heute im Westen lebt, erklärte mir kürzlich in einem Gespräch den Unterschied zwischen Euro-Kommunisten und osteuropäischen Kommunisten mit einem lapidaren Satz: "Die einen haben schon die Macht und die anderen eben noch nicht." Er könnte es wirklich wissen. Ich jedenfalls glaube ihm.

Der Euro-Kommunismus soll die magisch betörende Formel für die Herstellung der politischen Aktionseinheit mit den Sozialisten und anderen blindgläubig naiven Kräften bis ins linksliberale Lager im politischen Spektrum sein, die Lenin einmal als "nützliche Idioten" bezeichnet hat. Das ist die politische Strategie für ein "Volksfront-Europa", das die sowjetischen Machthaber über den Weg einer "Finnlandisierung" Westeuropas ihrem Machtbereich eines Tages heil und leistungsfähig einverleiben wollen. Je weiter sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der EG von der Politik der früheren Sozialdemokratie, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutig in Europa vorherrschte, entfernen und einem solchen Volksfrontbündnis zustreben, um so gefährlicher wird die Herausforderung für uns. Dieser Prozess ist leider schon lange in vollem Gange: in den romanischen Ländern schneller, umfassender und tiefgreifender, in den nordeuropäischen Ländern langsamer, aber auch hier geben die Deiche immer mehr nach. Wir alle sind Zeugen dieser Entwicklung, der wir mit allen Kräften entgegentreten müssen. Im Europäischen Parlament können wir diese Tendenz einer linken Aktionseinheit schon heute am besten feststellen. Im direkt gewählten EP morgen werden die Kommunisten mit 52 und die Sozialisten mit 120 Abgeordneten vertreten sein (von insgesamt 410), hochgerechnet nach den letzten nationalen Wahlen in den einzelnen Mitgliedsländern der Gemeinschaft.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin - Weitergabe, Reproduktionen und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACDP.

Wir Christdemokraten sind als die Führungskraft der politischen Mitte von allen anderen politischen Tendenzen als solche anerkannt und respektiert. Mit zwölf Mitgliedsparteien haben wir die Europäische Volkspartei 1976 unter der Führung Leo Tindemans, des belgischen Ministerpräsidenten, gegründet und werden unser Politisches Programm am 11./12. Januar 1978 in Brüssel der europäischen interessierten Öffentlichkeit vorstellen. Ein Programm, das eindeutig auf den christlichen Grundwerten aufbaut und sich engagiert, Europa von morgen ein Antlitz zu geben, das seine Seele widerspiegelt; es will die grossen Werte seines christlich-humanistischen Erbes bewahren und mit Toleranz und Offenheit eine moderne europäische Gesellschaft der Partnerschaft und Solidarität gestalten, die mit dieser Grundeinstellung auch ihren gültigen und unverzichtbaren Beitrag für den Aufbau einer internationalen Völkergemeinschaft in Freiheit und Sicherheit, in Frieden und in internationaler sozialer Gerechtigkeit leisten will. Auf der gleichen Basis werden wir mit 104 Abgeordneten ins direkt gewählte Europäische Parlament einziehen.

Die Liberalen, in der Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der EG unter Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten Gaston Thorn zusammengeschlossen, werden auf der gleichen Basis mit 34 Abgeordneten im direkt gewählten EP vertreten sein. Wie in den Mitgliedsländern versuchen sie, auch im Europäischen Parlament immer wieder das "Zünglein an der Waage" zu spielen. Seit einiger Zeit zeichnet sich jedoch bei ihnen eine wachsende Tendenz ab, sich in den wichtigen Fragen europäischer Politik uns Christdemokraten anzunähern, weil auch sie offenbar die Gefahr linker Volksfronten wachsen sehen. Am sichtbarsten kam diese Entwicklung bei der letzten Wahl des italienischen Christdemokraten Emilio Colombo zum Präsidenten des Europäischen Parlaments zum Ausdruck: bei den vorausgegangenen drei Präsidentenwahlen hatte es noch eine präsidentielle Koalitionsmehrheit zwischen ihnen und den Sozialisten gegeben. Es besteht eine begründete Hoffnung, dass die jüngste Entwicklung in den Beziehungen zwischen ihnen und uns Christdemo-

./.

kraten auch für die Zukunft Früchte tragen kann.

Die Konservative Fraktion, die sich vor allem aus den britischen Konservativen und ein bis zwei dänischen Konservativen zusammensetzt, wird 36 Abgeordnete im direkt gewählten EP zählen. Als sie im Januar 1973 nach dem Beitritt Grossbritanniens, Dänemarks und Irlands zur EG sich im Europäischen Parlament konstituierte, hat meine Fraktion, deren Vorsitzender ich damals war, sofort eine enge Zusammenarbeit mit ihr aufgenommen. Gemeinsame Ausschuss-, Vorstands- und Fraktionssitzungen werden seitdem nach Bedarf abgehalten, um uns abzustimmen. Diese Zusammenarbeit war alles in allem konstruktiv und fruchtbar. Sie wird auch ein wichtiges Element im zukünftigen Parlament sein.

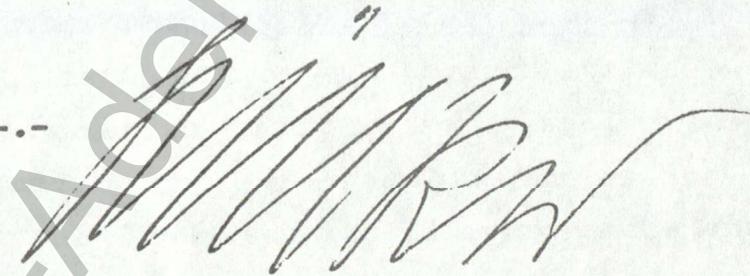
Die Fraktion der "Europäischen Demokraten für den Fortschritt", vor allem französische Gaullisten und etwa 8 Abgeordnete der irischen Fianna Fail Partei, werden 41 Abgeordnete im direkt gewählten EP stark sein. Auch mit dieser Fraktion gibt es insbesondere in den Bereichen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik eine zufriedenstellende Zusammenarbeit; in den Fragen des konstitutionellen und institutionellen, also des eigentlichen politischen Aufbaus Europas dagegen verfolgt insbesondere der französische Teil dieser Fraktion noch bis heute eine sehr starke nationalstaatliche Politik, die sich mit unseren Zielen für das Europa von morgen noch nicht in Übereinstimmung bringen lässt; aber auch hier gibt es Entwicklungen, die für die Zukunft Hoffnungen lassen.

Koalitionen, wie wir sie auf nationaler Ebene gewöhnt sind, gibt es auf der europäischen Ebene noch nicht. Aber sie werden sich im direkt gewählten Parlament in dem Masse stärker abzeichnen, in dem ein europäisches politisches Entscheidungszentrum schon als Vorläufer einer echten europäischen Regierung aufgebaut werden muss; und das erfordert schon die weitere Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. Hierfür gibt es zwei politische Modelle, die

./.

sich aus den Bedingungen der politischen Situation fast natürlich anbieten: Erstens eine Koalition der Kräfte der politischen Mitte unter Führung der Christdemokraten als der stärksten Partei dieses Kräftefeldes oder zweitens eine Koalition unter Führung der Sozialisten, die selbst wohl die stärkste Fraktion im direkt gewählten Parlament stellen werden.

Damit sind die politischen Fronten und Perspektiven für die europäische Zukunft abgesteckt. Die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf wird sie schärfer sichtbar machen. Der europäische Bürger muss seine Wahl treffen. Bei ihm liegt letzten Endes die Entscheidung, welches Antlitz Europa haben wird und ob es eine Seele besitzt, die unseren Vorstellungen entspricht.



ACDP-Konrad-Adenauer-Stiftung